

Leitlinien für eine moderne Innovationspolitik

Mit 60 Maßnahmen die Technologieführerschaft in Deutschland sichern

Technologieführerschaft setzt überwiegend „Produktion im Lande“ voraus. Technologieentwicklung muss sich zukünftig stärker auf neue in Deutschland produzierbare Produkte konzentrieren als nur auf die Veredelung von Standardprodukten für den globalen Export mit regionalen Testmärkten. Ein geeigneter Arbeitsmarkt ist die Voraussetzung, um die volkswirtschaftliche Verwundbarkeit eines Exportmarktes zu reduzieren. Ein ähnliches, stärker auf den gewerblichen Rechtsschutz fokussiertes Programm unter der Regierungserklärung „build the nation on intellectual property“ hat in Japan seit vier Jahren wesentliche Verbesserungen gebracht. Innovationshindernisse würden überwunden, wenn die Regierung auch bei uns beitragen würde.

In der Steuerpolitik

1. 200%-ige Abschreibung für F&E-Ausgaben und Abbau direkter Forschungsförderung
2. Wiedereinführung des halben Einkommensteuersatzes für Einnahmen aus Patenten
3. Wiedereinführung des halben Mehrwertsteuersatzes für Dienstleistungen eines Patentanwalts
4. Einführung des halben Mehrwertsteuersatzes zumindest für patentgeschützte Medikamente
5. Steuerbefreiung oder -reduzierung von Lizenzerträgen, die im Ausland erzielt werden
6. Thesaurierung von KMU-Personalgesellschafts-Gewinnbesteuerung über 15% Basissteuer

In der Wirtschaftspolitik

1. Etablierung einer „Deutschland-Innovations-(DE-)-AG“ zu „sell out and lease back“ von Schutzrechten
2. Förderung von Patentmaklern für „DE-AG“ und Schutzrechts-Akzeptanz bei KMU
3. Stärkung der Eigenkapitalstruktur bei KMUs (z. B. Verzicht auf Erbschaftsteuer)

In der Europapolitik

1. Förderung eines Europäischen Gebrauchsmusterschutzes
2. Förderung von KMU-freundlichen Europa-Schutzrechtsgebühren
3. Förderung eines Gemeinschaftspatents (seit 30 Jahren) verstärken

4. Förderung eines Europäischen Patentverletzungs- und Nichtigkeits-Gerichts
5. Förderung internationaler Patent-Kooperationen und -Recherche
6. Verbesserung des Europäischen Softwareschutzes (auch für nichttechnische Merkmale)
7. Verbesserung des Europäischen Ersatzteilschutzes bei Geschmacksmustern

In der Gerichtsbarkeit

1. Aktivierungsmöglichkeit (besser: -pflicht) von originär geschaffenen Schutzrechten (BilMoG)
2. Einseitige Streitwertherabsetzung bei Klagen über 300.000 Euro für KMU-Beklagte
3. Beibehaltung des Gerichtssachverständigen beim BGH in Patent-Nichtigkeitsklagen
4. Nichteinführung von verschiedenen hohen Anmeldegebühren bei mehr als zehn Patentansprüchen
5. Gebrauchsmuster auch für Verfahrensansprüche (auch Softwareschutz)
6. Anpassung und damit Erleichterung der Biotechnologierichtlinie an EU-Standard
7. Beibehaltung des Design-Ersatzteilschutzes und Verbesserung im Gemeinschaftsdesignschutz
8. Softwareschutzverbesserung einschließlich Geschäftsmethoden bei DE-Patenten
9. Rückanpassung der Biotechnologierichtlinienumsetzung an EU-Recht
10. Ein Jahr reduzierte Produkthaftpflicht-Risiken bei „neuen“ Produkten
11. Internetveröffentlichung aller Verletzungsentscheidungen im gewerblichen Rechtsschutz
12. Vereinfachung des Arbeitnehmererfindergesetzes mit KMU-freundlichen Pauschalzahlungen
13. Einführung eines obligatorischen, aber erleichterten Marken-Benutzungsnachweises nach fünf Jahren

In der Behördenführung (DPMA)

1. Mehr Patentprüfer (derzeit zu bekommen) für Patenterteilung bis 18. Monat ab Antrag
2. Gebührennachlass für Jahresgebühren ab dem zehnten Jahr für KMU-Patentinhaber
3. Schnelle Einführung der Online-Akte

4. Wiedereinführung der amtlichen, anmeldungsunabhängigen Recherche
5. Erneute, regelmäßige Schüler- und Studentenveranstaltungen im DPMA
6. Großzügigere Markeneintragung z. B. wie bei der Europäischen Gemeinschaftsmarke

In der Hochschulpolitik

1. 90% Förderung der Patentanmelde-, prüfungs- und PCT-Kosten bei freigegebenen Erfindungen
2. Internetportal für alle Hochschulerfindungen
3. Patentanwaltliche Beratungsgutscheine für Hochschulangehörige
4. Halber Lizenzsatz von Hochschulerfindungen für KMU-Lizenznehmer

In der Nutzung von externem Sachverstand

Jede Kommission sollte neben Professoren und Top-Managern mehr als einen

1. mittelständischen Familienunternehmer und
2. größeren Freiberufler mit einschlägiger Berufserfahrung,
3. technologieverständigen Medienvertreter,
4. unabhängigen Finanz- bzw. Wirtschaftsexperten obligatorisch mit berufen.

In der Bildungspolitik

1. Englischunterricht von der 3. Klasse durchgängig bis zum Schulabschluss
2. Maximal sechs Abitur-Prüfungsfächer (z. B. IB-Prüfung als internationale Hochschulreife)
3. Mindestens 150 Sozialstunden zwischen 9. und 12. Klasse; Betriebspraktika
4. Fächerübergreifend aufeinander abgestimmte Lehrinhalte und Schülervorträge
5. Training in Inhaltseinschätzungen von Ergebnissen von Suchmaschinen im Internet
6. Multikulturelle Arbeitskreise zur globalen Verständigung (Land und Leute)
7. Kreativitätstraining (Kunst, Werken, Besuch Patentamt und Museen etc.)
8. Teamarbeitstraining (Sport, Projektarbeit, Schulpsychologen, Schülerfirma etc.)
9. Erfinderclubs fördern
10. Lehrer mit hoher Motivationsfähigkeit bilden wenig motivierte Kollegen weiter

In der Medienpolitik

1. Mittelzuweisung der öffentlich-rechtlichen Medien in Abhängigkeit von Allgemeinbildungsanteil
2. Förderung von Technologie- und Innovationsvermittlung (Spartenkanal)
3. Redaktionelle Beiträge zu Produkten mit innovativen Technologien (gemischt mit Werbung)

In der Arbeitsmarktpolitik

1. Internationales Technologie-Benchmarking für Technologietrends für Arbeitsförderung

2. Monatliche Veröffentlichung von Berufsbildentwicklungen und -trends
3. Schulungsförderung von arbeitslosen Ingenieuren für Patentrecherchen
4. Weiterbildungsangebote in den Semesterferien in den Hochschulen

Fazit:

Die Finanzierung könnte weitestgehend über eine Umverteilung von der direkten Forschungsförderung und von den mehr als fünf Mrd. Euro der bisher leistungsabgekoppelten Förderung der Großforschungseinrichtungen erfolgen. Nur die unverzügliche Beseitigung von immer komplexer gewordenen und umfangreichen Verwaltungsvorschriften und steuerrechtlichen Hemmnissen kann das erhebliche Potenzial der kreativen Kraft in den Unternehmen und Universitäten zum Wohle der deutschen Wirtschaft erschließen helfen. Hierzu bedarf es naturwissenschaftlich gebildeter oder wenigstens aufgeschlossener Politiker, die mit Zivilcourage nicht die thematische Auseinandersetzung mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen fürchten und bereit sind, fachliche Kompetenz beim Gesetzgeber und in der Verwaltung einzufordern. Hierzu bedarf es auch naturwissenschaftlich gebildeter Richter und Anwälte, die naturwissenschaftliche Fragestellungen und Rechtsfragen kompetent behandeln und beurteilen können.

Die im neuen internationalen Rechnungswesen (IFRS [IAS38] und BilMoG) vorgesehene Aktivierung von originär geschaffenen Know-how, gewerblichen Schutzrechten, Software und anderen „intangible assets“ gibt die Chance, echte Firmenwerte zeitnah zu beurteilen und werthaltig zu stellen. Neben den ca. 20% „tangible assets“, wie manch fragwürdige Immobilien und Maschinen, haben die ca. 80% „intangible assets“ eine überragende Bedeutung in den meisten Bilanzen zukunftsorientierter Unternehmen erreicht. ■

Zum Autor



Paul-Alexander Wacker, Patentanwalt, Dipl.-Ing. und Dipl.-Wirtsch.-Ing., ist Mitbegründer der 1975 gegründeten Patent- und Rechtsanwaltskanzlei Kuhnen & Wacker in Freising, welche überwiegend europäische Mittelstandsmandate und ausländische Großunternehmen vertritt. Wacker ist seit vielen Jahren Vorsitzender des Innovationsausschusses des Wirtschaftsbeirats der Union und Mitglied im Innovationsausschuss des vbw sowie Innovationsbeauftragter der Familienunternehmer – ASU.